

Antragsteller: OV Essen/Oldb.

Antragssprecher: Detlef Kolde

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Abschaffung des Betreuungsgeldes

Die SPD – Bundestagsfraktion wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass das von der schwarz-gelben Bundesregierung eingeführte Betreuungsgeld wieder abgeschafft wird. Die dadurch frei werdenden Mittel sind zur Finanzierung von Bildungs- und Betreuungsangeboten im Krippen- und Kindergartenbereich einzusetzen. Damit können die Voraussetzungen dafür verbessert werden, dass alle Kinder wohnortnahe Bildungs- und Betreuungsangebote wahrnehmen können.

Begründung:

Am 01. August 2013 wurde das Betreuungsgeld eingeführt. Eltern, die ihre Kleinkinder nicht in eine Kindertagesstätte oder zu einer Tagesmutter geben, bekommen ab dem 14. Lebensmonat bis zum dritten Lebensjahr monatlich 100 Euro. Seit dem 01. August 2014 sogar 150 Euro. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat auf Betreiben der CSU diese bildungspolitische Fernhalterprämie als sogenannte Herdprämie eingeführt. Leider werden gerade die Kinder den Bildungs- und Betreuungsangeboten fern gehalten, die es am Nötigsten haben. Besonders Familien, die einer gewissen Bildungsferne unterliegen, nehmen das Betreuungsgeld gerne in Kauf.